

(Weißrußland), Vizepräsident der weißrussischen nationalen Kommission für Strahlen-

schutz, erklärt die seit 1992 erkennbar angestiegenen Todesraten in seinem Land nicht

allein mit der Strahlenbelastung: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe

sich die Versorgungslage der weißrussischen Bevölkerung dramatisch verschlechtert. ●

15 Jahre nach Tschernobyl

Bisher 75.000 Unterschriften für eine Atomhaftpflichtversicherung und 27.000 Unterschriften für einen Ausstieg bis zum Jahr 2002

75.000 Bürger, Professoren, ehemalige Bundesminister, Prominente und Unternehmen fordern eine volle Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke. Anlässlich des 15. Jahrestages von Tschernobyl berichteten die Ärzteorganisation IPPNW und der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) von einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung ihrer seit einem Jahr laufenden Unterschriftenaktion mit der Forderung nach einer „sofortigen vollen Haftpflichtversicherung für die deutschen Atomkraftwerke“.

„Eine schwere Atomkatastrophe ist auch in Deutschland jederzeit möglich“, erklärte Dr. Ellis Huber vom Vorstand der Ärzteorganisation IPPNW. Nach Zahlen der offiziellen ‚Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke‘ liege die Wahrscheinlichkeit für einen Super-GAU allein aufgrund technischen Versagens bei 2 Prozent. Die finanziellen Schäden würden sich laut Prognos AG auf 5.000 bis 12.000 Milliarden DM belaufen. Doch aufgrund der völlig unzureichenden Haftpflichtversicherung für die deutschen Atomkraftwerke könnte nach einem Super-GAU niemand in Deutschland für die gesundheitlichen Schäden sowie für den Verlust von Hab und Gut, Arbeitsplatz, Grund und Boden, Immobilien und Produktionsmittel entschädigt werden.

Das ist Grund genug, daß bereits 75.000 Bürgerinnen und

Bürger den Aufruf für eine volle Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke unterzeichnet haben. Die seit einem Jahr laufende Unterschriftenaktion wird auch von mehr als 60 Unternehmen unterstützt, darunter zahlreiche Großhotels. Dies zeigt, daß auch in der Privatwirtschaft das Verständnis für die Privilegien der Atomwirtschaft nicht allzu groß ist. „Die Atomstromproduktion in Deutschland wird massiv mit versteckten Subventionen gestützt: Brennelemente werden nicht besteuert und die Atomkraftwerke sind bei weitem nicht ausreichend versichert“, kritisiert Professor Dr. Klaus Traube vom Umweltverband BUND. „Während jedes Auto ohne ausreichende Haftpflichtversicherung stillgelegt wird, können die Atomkraftwerke trotz massiver Unterversicherung betrieben werden. Lediglich 500 Millionen Mark stehen im Schadensfall zur Verfügung. Selbst wenn die im Atomgesetz vorgeschriebene Deckungssumme nun auf 5 Milliarden Mark erhöht wird, könnte damit nur ein winziger Bruchteil der Schäden gedeckt werden, die ein Super-GAU verursachen kann. Wenn die Atomkraft ihre wahren Kosten tragen müßte, wäre sie ganz und gar unrentabel und längst vom Energiemarkt verschwunden.“

Bereits im Februar dieses Jahres hatte zudem die parteiunabhängige Initiative für den

Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2002 über 27.000 Unterschriften dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages übergeben. In seiner Antwort zitierte der Petitionsausschuß das Bundesumweltministerium und weist darauf hin, daß dieses bis zum Jahr 2002 einen vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie für nicht möglich erachte. Bei weiterer Nutzung bereits weitgehend abgeschriebener Atomkraftwerke würden nämlich erhebliche wirtschaftliche Vorteile gegenüber Kraftwerken anderer Energieformen entstehen können.

Weitere Informationen unter <http://www.atomhaftpflicht.de> und <http://webserver.comlink.org/atomausstieg> ●

15 Jahre nach Tschernobyl

Verzögerter Atomausstieg

768 Millionen Dollar für einen neuen Sarkophag des Atomreaktors in Tschernobyl

Der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie soll nach den Vorstellungen von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) noch in diesem Jahr gesetzlich verankert werden. Das verkündete er am 25.

April 2001 in Berlin auf einer Pressekonferenz zum 15. Jahrestag der Reaktorexlosion im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl. „Wir sind noch nicht ganz fertig. Aber ich denke, wir sind kurz vorm Abschluß“, erklärte er. Neben der Festschreibung des Atomkonsenses im Gesetz steht auch die formelle Unterschrift der Stromkonzerne noch aus. Fragen nach den Gründen der Verzögerung beantwortete Trittin nicht.

Bundesregierung und Stromkonzerne hatten voriges Jahr vereinbart, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu befristen. Das letzte Atomkraftwerk könnte demnach etwa im Jahr 2020 vom Netz gehen. Der genaue Zeitpunkt hängt davon ab, inwieweit die Stromversorger ihren Spielraum nutzen, ältere Atomkraftwerke vor der vereinbarten Laufzeit abzuschalten und statt dessen neuere Kraftwerke länger zu betreiben.

Der Unglücksreaktor wurde 1986 mit einem Sarkophag aus Stahl und Beton umgeben, der zunehmend baufällig geworden ist. Bis Ende 2007 soll nun mit internationaler Hilfe eine neue, bogenartige Hülle über den Reaktor gebaut werden. An den geschätzten Kosten von 768 Millionen Dollar beteiligt sich auch Deutschland. Der deutsche Anteil daran und an der Stilllegung der letzten Reaktorblöcke von Tschernobyl beträgt nach Trittins Angaben 80 Millionen Dollar (rund 175 Millionen Mark). ●

15 Jahre nach Tschernobyl

Notfallvorsorge

Pünktlich zum 26. April 2001, dem 15. Jahrestag des Atomunglücks von Tschernobyl,